

FORUM

WERNER MÜLLER

Kontinuität und Wandel im deutschen Kommunismus

Wechselnde Gesichter

Die Geschichte des deutschen Kommunismus im 20. Jahrhundert ist durchzogen von Brüchen, Wendungen und Wandlungen verschiedenster Art auf unterschiedlichen Ebenen.¹ Seine Stellung in Staat und Gesellschaft variierte stark: In der Weimarer Zeit stellte der deutsche Kommunismus (einschließlich seiner »rechten« und »linken« Abspaltungen und Konkurrenten) eine fundamentale Systemopposition dar, im »Dritten Reich« wurde er mit aller Härte und Brutalität unterdrückt und verfolgt. In der SBZ/DDR stieg die SED schnell zur alles beherrschenden Staatspartei auf, die ein faktisches Machtmonopol besaß. Der westdeutsche Kommunismus der Nachkriegszeit bekannte sich formell zur Demokratie, allerdings in ihrer »antifaschistisch-demokratischen« Variante, kehrte noch vor dem Parteiverbot 1956 zu Revolutionsrhetorik zurück und wurde anschließend für rund zwölf Jahre in die Illegalität gezwungen. Die westdeutsche KPD war und blieb die »Partei der DDR in der Bundesrepublik«, ebenso die 1968 konstituierte DKP. Diese hatte bis 1989/90 beständig eine Gratwanderung zwischen ihrem Vorbild (und Finanzier) SED einerseits und dem formellen Bekenntnis zum Grundgesetz andererseits zu vollführen.²

Nicht nur die Stellung in Staat und Gesellschaft, sondern auch die innere Orientierung und Struktur der Kommunisten und ihrer Organisationen waren tiefgreifenden Umbrüchen unterworfen. Bis 1923 sah sich die KPD als eine nicht nur revolutionäre, sondern den Umsturz von Staat und kapitalistischer Gesellschaft aktiv betreibende Partei. Nachdem von der Komintern und zuletzt von Stalin zwischen 1925 und 1929 ihre Stalinisierung durchgesetzt worden war, wurde sie in der Folgezeit zu einer revolutionären Partei im Wartestand, deren Perspektive der als unausweichlich angenommene Zusammenbruch des Kapitalismus war.

1 Hermann Weber hat schon früh darauf aufmerksam gemacht, so in: Weber, Hermann: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des Kommunismus in Deutschland, Hannover 1961.

2 Diese Betrachtung blendet (schon aus Platzgründen) die organisatorisch und politisch wenig stabilen und kaum wirkungsmächtigen Parteien anarcho-syndikalistischer, rätekommunistischer, trotzkistischer, später auch titoistischer oder maoistischer Orientierung aus.

Die Tragödie von 1933 veränderte naturgemäß die Rolle des deutschen Kommunismus in Staat und Gesellschaft fundamental – die KPD wurde von einer randständigen Größe zum (nominell) wichtigsten Feind der neuen Machthaber. Sie selbst nahm die veränderte Lage zunächst nur bedingt wahr; der Einschätzung der Komintern folgend, glaubte sie an eine periphere »Umgruppierung« im »kapitalistischen Lager«.³ 1933 markierte daher im Selbstverständnis der Partei keine Wendung. Die »nicht verstandene Katastrophe«, so das spätere Diktum von Herbert Wehner,⁴ korrigierte ihre Wahrnehmung der »bürgerlichen« Demokratie einerseits und des Faschismus andererseits als bloß unterschiedliche Erscheinungsformen des Kapitalismus nicht.

Die Neuorientierung des Jahres 1935 mit dem VII. (und letzten) Weltkongress der Komintern und der »Brüsseler« Parteikonferenz der KPD im sowjetischen Exil, wiederum »von außen« durchgesetzt, bescherte der KPD die Wendung zur Volksfront und »Einheitsfront«-Politik. Das bedeutete jedoch keine Absage an das »Prinzip Revolution«. Der dadurch bestimmte Kurs, der die kapitalistische Ordnung als ein zeitlich nicht abschätzbares Transitorium begriff, bestimmte nominell und offiziell die Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien bis 1989/90. Gleichwohl waren Brüche und Wendungen zu verzeichnen, so etwa in der Phase des Hitler-Stalin-Paktes, der Hinwendung zum »Nationalen« zu Beginn der fünfziger Jahre oder zuletzt in der späten Ulbricht- und der Honecker-Ära der SED mit unterschiedlichen, ja fast konträren Politikprofilen.

Die Systemkrisen der kommunistischen Weltbewegung in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg beeinflussten selbstverständlich die kommunistische Bewegung in beiden deutschen Staaten, so der Konflikt zwischen Stalin und Tito nach 1948, die Entstalinisierungskrise nach 1956, die Aufstands- und Streikbewegungen 1953 in der DDR, 1956 in Polen und Ungarn und 1970, 1976 und 1980/81 in Polen oder der Konflikt zwischen der KPdSU und Maos China. Schließlich wäre zu verweisen auf die letzten innerkommunistischen Reformbemühungen 1968 in der Tschechoslowakei, die (schleichenden) Auswirkungen der KSZE-Konferenz von Helsinki 1975 und ihrer Folgeabkommen und nicht zuletzt die Reformbewegung in der Sowjetunion ab 1985.

Angesichts dieser (vielfach analysierten) vielschichtigen und widersprüchlichen Entwicklung einer Bewegung, die sich als radikaler Flügel der sozialen Bewegung begriff, ist zu fragen, worin die Elemente von Identität und Kontinuität im deutschen Kommunismus liegen. Der generationelle Wandel kann hier unbeachtet bleiben. Ist also die Einheit der kommunistischen Bewegung über ein Menschenalter hinweg nur in Parteinamen oder in der Pflege bestimmter Traditionen zu suchen? Was konstituiert sie und was verlieh ihr auf Dauer Stabilität?

Das erste Kontinuum stellt die Orientierung an Sowjetrussland und der Sowjetunion dar. Dies wird nicht zuletzt durch die beständige Vorbildfunktion der jeweils aktuellen Parteiführung unterstrichen, also Lenin, Stalin, Chruschtschow, Breschnew sowie die kurzzei-

3 Pieck, Wilhelm: Wir kämpfen für ein Rätedeutschland. Der revolutionäre Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die faschistische Diktatur. Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, Moskau/Leningrad 1934, S. 6, 49 f.

4 Wehner, Herbert: Zeugnis. Mit einem Vorwort von Gerhard Jahn, Köln 1982, S. 63.

tig amtierenden Andropow und Tschernenko. Erst mit Michail Gorbatschow zeichnete sich in der SED eine vorsichtige Distanzierung ab (»Sozialismus in den Farben der DDR«).

Eng verbunden mit der frühzeitig und freiwillig übernommenen Respektierung des sowjetischen Vorbildes ist zweitens die Adaption von Lenins Prinzipien und seinem Ideologie-Gebäude. Der jeweils »offizielle« Leninismus sollte zum Gemeingut der Partei werden; alle deutschen kommunistischen Parteien unternahmen intensive Versuche, über »Schulungen« und andere ideologische Indoktrination (durch Presse und Propaganda) die entsprechende Denkweise und Prinzipien in den »Massen« zu verankern. Wie auch bei der Wahrnehmung der Sowjetunion ist hierbei nicht ausschlaggebend, wie erfolgreich diese Bemühungen waren. Wesentlich ist, dass man sich an einem offiziellen, nicht in Frage zu stellenden Leitbild orientierte.

Das dritte Feld betrifft die Parteiorganisation. Schon Paul Levi, der Nachfolger der ermordeten Parteiführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, führte angesichts der innerparteilichen Auseinandersetzungen Lenins Prinzipien der bürokratisch-diktatorischen Administration und des hierarchischen Zentralismus ein. Seine Nachfolger von Heinrich Brandler bis Ruth Fischer übernahmen diesen Führungsstil, sodass in dieser Hinsicht die Stalinisierung von Arbeitsweise und Apparat seit Mitte der zwanziger Jahre auf fruchtbaren Boden fiel.

Der vierte Bereich – im Selbstverständnis der Kommunisten der Kampf für eine Welt ohne Ausbeutung, Hunger und Krieg – umfasst zum einen den Kampf um die Zukunftsgesellschaft, also jenseits der Beseitigung des Kapitalismus durch Revolution den Aufbau einer zumindest in weiterer Perspektive klassenlosen Gesellschaft, zum anderen die alltäglichen Bemühungen, die soziale Lage der umworbenen Klientel, der »Arbeiterklasse«, zu erleichtern, also konkrete Verbesserungen durchzusetzen. Hier zeigen sich durch die Geschichte des deutschen Kommunismus hindurch beide Tendenzen in unterschiedlicher Intensität: die »Partei, die für das Morgen existiert« (Sigmund Neumann) und die Partei des alltäglichen Kampfes um »Brot-und-Butter-Fragen«.

Die Sowjetunion als Bezugspunkt

Die Sowjetunion und die Oktoberrevolution blieben die herausragenden Konstanten für KPD und SED, auch wenn es Phasen gab, in denen es opportun schien, dies zu verschleiern. Der politisch recht heterogene Gründungskongress der KPD an der Jahreswende 1918/19 nahm zwar die Begrüßungsrede Karl Radeks mit »stürmischem Beifall« auf. »Die russische Revolution ist von Euch abgeschnitten, aber ihr Geist lebt in Euch, Euer Geist beseelt die Massen der russischen Arbeiterklasse«, hatte er zuvor ausgeführt.⁵ Die Konferenz setzte aber andere Schwerpunkte: Rosa Luxemburg sah die Aufgabe der neuen Partei darin, eine Brücke zwischen den Revolutionären in Ost und West zu schlagen, andere

5 Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, hrsg. und eingeleitet von Hermann Weber, Frankfurt am Main/Wien 1969, S. 86.

Delegierte wollten schon den Namen »Kommunistische Partei« als Ausdruck der Nähe zu den russischen Revolutionären verstanden wissen.⁶

Mit der Erwartung einer Revolution in Westeuropa vor dem Hintergrund der Gründung der Kommunistischen Internationale rückte die Frage des Modellcharakters der russischen Revolution zunächst in den Hintergrund. Für die KPD wurde die Kernfrage die der Revolution im eigenen Land. Tatsächlich war aber die Führungsrolle in der internationalen kommunistischen Bewegung spätestens mit der Komintern-Gründung auf die russische Partei übergegangen, wenn auch, wie Lenin einräumte, nur zeitweilig.⁷ Als einzige regierende Partei besaß sie eine natürliche Autorität, und ihr Gesellschaftsexperiment genoss auch angesichts des dürftigen Informationsstandes im Ausland eine fast mythische Verehrung. Vielen erschien es als Beginn des Weges, wenn nicht gar als eine Vorwegnahme der Zukunftsutopien.

Entscheidend war, dass damit die Initiative auf die sowjetrussischen Kommunisten überging. Sie verfügten über einen ausreichenden Apparat, die Kader, Verkehrs- und Verbindungskanäle und nicht zuletzt über die nötigen Finanzen. Deutlicher, wenn auch zunächst nicht als solcher erkennbarer Ausdruck der veränderten Verhältnisse waren die beiden Aufstandsversuche von 1921 und 1923 in Deutschland. Was wie eine spontane Erhebung aussehen sollte, war tatsächlich Ergebnis Moskauer Planungen.⁸ Parallel zeigten sich die ersten offenen Einflussnahmen auf Politik und Führungspersonal der KPD in der Folge der Bewältigung der »Märzaktion«. Ruth Fischer gelang es zuletzt, sich Moskauer Wünschen zu widersetzen. Seit dem Beginn der auch als »Bolschewisierung« bezeichneten Stalinisierung der Partei waren die Verhältnisse zwar eindeutig, aber gleichwohl hochkomplex.

Dieses vielschichtige Beziehungsgeflecht⁹ wurde mit fortschreitender Zeit zunehmend asymmetrisch. Ungeachtet aller politisch-strategischen Differenzen wurde das Gewicht der Sowjetunion jedoch nicht in Frage gestellt. Auch wenn eine Reihe von Fragen zu diesen Wechselbeziehungen, insbesondere zum Informations- und Nachrichtenfluss und zum gegenseitigen Verständnis noch weiterer Bearbeitung harren, bleibt festzuhalten, dass sich die KPD in die Rolle als Sektion der Komintern ohne Widerspruch fügte.

Die inferiore Position der KPD überhöhte (wie auch nach 1945) die Rolle der KPdSU. Die Sowjetunion blieb nicht nur die entscheidende Einflussgröße, sie wurde auch im Bewusstsein von KPD-Führung und -Mitgliedern zum viel zitierten »Vaterland aller Werktätigen«. Zum zehnjährigen Jubiläum der Oktoberrevolution formulierte Ernst Thälmann das Entweder-oder: »In der Arbeiterbewegung aller Länder führte die russische Revolution zur Scheidung der Geister. Wer die Lehren dieser größten Umwälzung der Weltgeschichte

6 Siehe ebenda: Einleitung, S. 39, 47.

7 Siehe Hajek, Miklos: Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919–1929, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995, Berlin 1995, S. 63 ff.

8 Siehe Bayerlein, Bernhard H. / Babičenko, Leonid G. / Firsov, Fridrich I. / Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003; für vieles Weitere Becker, Jens: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001, S. 132.

9 Zu den wechselseitigen Verständnisproblemen siehe Hoppe, Bert: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007.

nicht begriff, wer sich nicht vorbehaltlos und bedingungslos mit dem Proletarierstaate solidarisierte, der landete sehr rasch im Lager der Konterrevolution.«¹⁰

Wenig später, mit der Intervention Stalins in der Wittorf-Affäre,¹¹ war das Subordinationsverhältnis offen sichtbar zementiert. Zugleich popularisierte die KPD ein geradezu euphorisches Bild von der Sowjetunion mit großartiger Gegenwart und noch perspektivenreicherer Zukunft. Den Kern bildete selbstverständlich der Fünfjahresplan mit dem Aufbau der Schwerindustrie und der Kollektivierung der Landwirtschaft.¹²

Die Katastrophe von 1933 legte jedoch offen, wie weit inzwischen die staatlichen Interessen der Sowjetunion über den Parteiinteressen der deutschen Kommunisten rangierten: Stalin und die sowjetische Führung nahmen die Unterdrückung und Verfolgung der deutschen Kommunisten ohne Protest oder Gegenmaßnahmen hin.¹³ Die Emigrationsführung der Partei besaß kaum Handlungsspielraum gegenüber der Sowjetunion, lediglich einige kommunistische Widerstandsgruppen entwarfen während des Krieges Programme, die an deutsche Traditionen und Interessen anzuknüpfen versuchten.¹⁴

Nach 1945 blieben in Ost und West KPD und SED (auch wenn diese sich nach ihrer zwangsweisen Gründung zunächst als »unabhängige und deutsche Partei« darzustellen suchte) nicht nur an der Sowjetunion orientiert, sondern auch von ihr abhängig. Sie vollzogen alle Stalinisierungsschübe der KPdSU nach, so die Kampagne gegen Tito ab 1948 oder den Kurs auf den »Aufbau des Sozialismus« 1952. In der SED gelang es Walter Ulbricht weitgehend, die Entstalinisierungs-Aktionen Chruschtschows zu unterlaufen. Der Machtwechsel 1970/71 zu Erich Honecker oder die Absetzung Herbert Häbers 1984 belegen, wie gering ihr Spielraum gegenüber der KPdSU auch in späteren Jahren war.¹⁵ Auf die Reformen Gorbatschows reagierte sie mit dem Versuch, den status quo ante zu erhalten.¹⁶

10 Thälmann, Ernst: 10 Jahre Sowjetmacht und die internationale Arbeiterklasse, in: Ders.: Für ein freies sozialistisches Deutschland. Auswahl der Reden und Schriften 1919–1928 I, 3. Aufl., Stuttgart 1977, S. 529 f.

11 Siehe Weber, Hermann / Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin, Berlin 2003.

12 Siehe die umfangreiche Darstellung von Hermann Remmele: Die Sowjetunion, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1932, Bd. 2, Berlin o. J.

13 Immer noch grundlegend: Weingartner, Thomas: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934, Berlin 1970, S. 209 ff.; nur am Rande berührt wird das Thema in: Besymenski, Lew: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 2002, S. 62 ff.

14 Eine neuere Darstellung des kommunistischen Widerstandes fehlt. Siehe für vieles Weber, Hermann: Die KPD in der Illegalität, in: Löwenthal, Richard / zur Mühlen, Patrik von (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Neuausg., Bonn 1997, S. 83 ff.; sowie Herlemann, Beatrix: Kommunistischer Widerstand, in: Benz, Wolfgang / Pehle, Walter H. (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt am Main 1994, S. 28 ff.

15 Siehe mit einzelnen Nachweisen Müller, Werner: Friedliche Revolution 1989/90: von der Dauerkrise zum Umbruch in der DDR, in: Gallus, Alexander (Hrsg.): Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806, Köln / Weimar / Wien 2006, S. 246 ff.

16 Siehe etwa die programmatische Schrift: Sozialismus in der DDR. Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000. Herausgegeben von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED, Berlin (Ost) 1987; insgesamt Nepit, Alexandra: Die SED unter dem Druck der Reformen Gorbatschows, Baden-Baden 2004.

Leninismus, Revolution und Einheitsfront

Zweifelsfrei war die KPD in den ersten Weimarer Jahren keine im späteren Sinne des Wortes »leninistische« Partei, folgte aber, wie auch mit dem Bezugspunkt Sowjetunion, weitgehend dem Lenin'schen Modell. Den Begriff »Leninismus« hatte Stalin 1924 geprägt.¹⁷ Er definierte darin unter anderem die Komplexe von Aufbau und Struktur der Partei, von der Diktatur des Proletariats sowie von Strategie und Taktik.

Der Gründungsparteitag der KPD glaubte bedingungslos an die Aktualität der sozialistischen Revolution in Deutschland. Das dort angenommene, von Rosa Luxemburg verfasste Gründungsprogramm schien einen anderen Weg vorzuschlagen als den der Bolschewiki: »Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«¹⁸ Tatsächlich aber hatte Rosa Luxemburg zuvor deutlich gemacht, dass sie Lenin trotz Kritik an dessen Zentralismus weit näher stand als dem westeuropäischen Sozialismus.¹⁹ Zugleich hatte sie auch den bolschewistischen Terror gerechtfertigt – als vom Gegner erzwungen.

Die junge KPD nahm die Differenz zwischen der von ihr propagierten Rätediktatur und Lenins Ansprüchen einer Parteiherrschaft nicht zur Kenntnis. Lenin hatte im Juli 1917 (zudem noch auf dem ersten Rätekongress) die berühmt gewordene Wendung vorgebracht, dass seine Partei bereit sei, »die gesamte Macht zu übernehmen«.²⁰ In der Praxis lagen die Konzepte aber gar nicht so weit auseinander: Weder die Bolschewiki noch die KPD verfügten über Mehrheiten unter den Räte-Delegierten. Es blieb den deutschen Kommunisten nur übrig, von der Peripherie her die Arbeitermassen zu agitieren – mit zunächst bescheidenem Erfolg.

Der zweite Parteitag der KPD, in Mannheim, Heidelberg und Umgebung tagend, formulierte ein Revolutionsmuster, das mit dem selbst gezeichneten Mythos der Bolschewiki durchaus übereinstimmte. Der Kampf um die Revolution, so die Formulierung, müsse auch die wirtschaftliche Ebene einschließen und könne erfolgreich »nur mit den größten politischen Mitteln (Massenstreik, Massendemonstrationen, Aufstand) zu Ende gebracht werden«.²¹

Wie die »März-Aktion« 1921 zeigte, setzte die Sowjetführung auf eine Initialzündung, in der Erwartung, dass sich weite Teile des »Proletariats« anschließen – oder mitgerissen – würden. Paul Levi, kurz zuvor als Parteivorsitzender zurückgetreten, hatte diese Tak-

17 Siehe J. Stalin: Ueber die Grundlagen des Leninismus. Vorlesungen an der Swerdlow-Universität Anfang April 1924, in: Ders.: Fragen des Leninismus, Moskau 1938, S. 9 ff.

18 Der Gründungsparteitag (Anm. 5), S. 301.

19 Siehe Müller, Werner: Bolschewismuskritik und Revolutionseuphorie. Das Janusgesicht der Rosa Luxemburg, in: Schmeitzner, Mike (Hrsg.): Totalitarismuskritik von links, Göttingen 2007, S. 27 ff.

20 Siehe Service, Robert: Lenin. Eine Biographie, München 2000, S. 371.

21 Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, o. O. o. J., S. 4.

tik als Putsch bezeichnet.²² Ernst Thälmann blieb es vorbehalten, einige Jahre später das Lenin'sche Modell nicht nur zu adaptieren, sondern geradezu einzufordern: »Wenn die deutsche Arbeiterklasse 1918/19 an der Durchführung der Revolution nach russischem Muster gehindert wurde, so lag das in erster Linie an der Politik der Sozialdemokratie. Hätten wir 1918 bereits, wie in Russland, eine bolschewistische Partei gehabt, so hätten wir erst recht denselben Weg gehen können wie die russischen Arbeiter. Die proletarische Revolution, und nicht Koalitionspolitik und Stimmzettel, haben in Russland die Konterrevolution niedergeschlagen.«²³

Die Machterringung aus einer Minderheiten-Situation heraus blieb für die KPD (wie sie es ja für die Bolschewiki auch gewesen war) ein zentrales Problem ihrer Strategie. Die »Eroberung des Mehrheit des Proletariats« entwickelte sich zum Dauerproblem. Nach dem Scheitern der Streik- und Aufstandsbewegungen trugen Lenin und die Komintern diesem Problem erstmals Rechnung. Sie diagnostizierten eine Atempause im revolutionären Prozess, räumten ferner ein fragiles Gleichgewicht der Klassenkräfte ein und mussten vor allem konstatieren, dass die Mehrheit der beanspruchten und umworbenen Klientel, der Arbeiterklasse, im gegnerischen Lager stand.²⁴ Lenin sprach von der Notwendigkeit, die eigene Taktik der gewandelten Lage anzupassen. Es ging ihm nun um die »Eroberung der Mehrheit des Proletariats«, die er als »Hauptstütze der Bourgeoisie« begriff – er meinte damit die Mitglieder der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien.²⁵ Damit waren von Lenin die Grundlagen einer Einheitsfrontpolitik geschaffen, als revolutionäre Politik in nicht-revolutionärer Zeit. Die Ziele hatten sich nicht gewandelt, daher konnte (und durfte) es sich nicht um Koalitionen oder Zweckbündnisse handeln; zudem waren es keine Bündnisse unter Gleichen.

Unterhalb der Maximen war die Taktik variabel; es waren Einheitsfronten »von unten« genauso möglich wie »von oben« – je nach Erfolgserwartung. Erst mit den Beschlüssen des Jahres 1935 von Komintern und KPD wurde dieses Konzept um die Hinwendung zu »antifaschistischen« Bündnispartnern im »bürgerlichen« Lager erweitert. Das Grundanliegen, die für die KPD nicht direkt zu gewinnenden Schichten anzusprechen und einzubinden, blieb unangetastet, auch der Kampf gegen die Führungen von Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften wurde fortgesetzt. Diese »Bündnispolitik« erwies sich in den Grundzügen bis 1989/90 als Konstante. Sie bildete das zweite »Standbein« des leninistischen Revolutionskonzepts. DDR-Historiker bemühten sich wiederholt, die Aufrichtung der SED-Diktatur in der DDR folgerichtig als »revolutionären Prozess« zu interpretieren.²⁶

22 Levi, Paul: Unser Weg. Wider den Putschismus. Mit einem Artikel von Karl Radek als Anhang, 2., mit einem neuen Vorwort versehene Aufl., Berlin 1921.

23 So im Juli 1932. In: Thälmann, Ernst: Für ein freies sozialistisches Deutschland. Auswahl der Reden und Schriften 1930–1933, III, Stuttgart 1977, S. 387.

24 Siehe die Referate von Trotzki und Lenin im Juni und Juli 1921, in: Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Berlin 1921, S. 47 ff. und 741 ff.

25 Lenin, ebenda, S. 749.

26 Siehe grundlegend Dieckmann, Götz: Die sozialistische Revolution. Theoriegeschichtlicher Abriss, Berlin (Ost) 1985, S. 388 ff.

Auch die für manche Funktionäre attraktive Vision eines »besonderen deutschen Weges zum Sozialismus«, vom Parteitheoretiker Anton Ackermann Anfang 1946 formuliert,²⁷ bedeutete nicht Eigenständigkeit, sondern entsprach nur der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung zwischen 1944 und 1948. Die Konzeption »nationaler Wege« widersprach ebenso wenig der marxistisch-leninistischen Strategie wie die von Chruschtschow 1956 eingeräumte Möglichkeit, auf unterschiedlichen Wegen zum Sozialismus zu gelangen.

1945 schien das Bekenntnis zu Lenin wenig opportun. Die KPD-Führung erwähnte in ihrem Aktionsprogramm 1945 weder ihre Traditionen, noch sprach sie von Sozialismus oder Kommunismus. Erst in der SED, 1948, wurde gleichsam »in aller Stille« der Bezug auf Lenin und den Leninismus in die Tagespolitik zurückgeführt. Im April erschien in der Schriftenreihe »Sozialistische Bildungshefte«, die der Parteischulung diente, eine Themenausgabe unter der Überschrift »Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus«, damit wurde der Doppelbegriff in die Parteiarbeit der SED eingebracht.²⁸ Er blieb ein kurzes Transitorium bis zur Blüte des Stalin-Kultes in der Partei. Erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU, der Stalin aus den Reihen der »Klassiker« für die SED verbannte, rückte der »Marxismus-Leninismus« wieder in den Status des unanfechtbaren Ideologie-Zentrums.

Die KPD hatte sich letztlich wesentlich früher praktisch und strategisch eng an Lenin angelehnt, als es Debatten der jeweiligen Theoretiker nahelegen. Der bedingungslose Kampf gegen »Imperialismus« und »Kapitalsdiktatur« band beide, Deutsche und Sowjets, enger zusammen, als theoretische Debatten über das Wesen des Imperialismus Differenzierungen zwischen ihnen erlaubten.

Die hierarchische Partei

Die Parteistruktur hingegen wies über Jahrzehnte hinweg eine sichtbare Kontinuität auf. Der unzureichend vorbereitete Gründungsparteitag beriet eine knappe Satzung, die den unteren Gliederungen weitreichende Kompetenzen einräumte, unter anderem das Recht, hauptamtliche Mitarbeiter oder Redakteure zu wählen. Die Bezirke, nach Wirtschaftsgebieten gegliedert, waren in der Zentrale repräsentiert.²⁹ Erst der 2. Parteitag im Oktober 1919 setzte die (leicht veränderte) Satzung in Kraft, zeitgleich mit dem Beschluss, eine föderative Struktur abzulehnen, »weil Föderalismus in Wirklichkeit die Partei lähmt«. Stattdessen sei »straffste Zentralisation erforderlich«.³⁰

27 Ackermann, Anton: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? in: Einheit. Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei (Februar 1946) H. 1, Berlin, S. 22 ff.

28 Sozialistische Bildungshefte. Herausgegeben vom Zentralsekretariat der SED, Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung, 3. Jahrg. (April 1948) H. 4.

29 Der Gründungsparteitag (Anm. 5), S. 304 ff.

30 Bericht über den 2. Parteitag (Anm. 21), S. 6.

Die Ereignisse des Jahres 1919 hatten das schon präjudiziert. Paul Levi und seine Mitstreiter waren auf dem Wege, die syndikalistischen und rätekommunistischen Mitglieder aus der Partei zu drängen, und bedienten sich dabei durchaus autoritärer Methoden. Der II. Komintern-Kongress im Juli/August 1920 legte bereits die Organisationsstrukturen des »demokratischen Zentralismus« fest, die damit auch für die KPD Geltung hatten. Im Jahr 1921 waren diese Prinzipien in der Realität verankert: Die Autonomie der Untergliederungen war beseitigt, Komintern-Emissäre regierten in die KPD hinein, und die ersten »Säuberungen« – freilich noch unblutig – fanden in der Partei statt. Insofern ist Werner Angress recht zu geben, wenn er diese Phase als erste Etappe der Bolschewisierung interpretierte.³¹

Die Mechanismen der leninistisch-stalinistischen Parteistruktur waren also schon frühzeitig erprobt, bevor sie mit der Stalinisierung der Partei ihre dauerhafte Ausformung und ihre statutarische Fixierung (mit dem Statut von 1925, das formell bis 1946 galt) erhielt.

Der hierarchische Zentralismus sorgte dafür, dass die Parteiarbeit letztlich von einem Stamm von »Berufsrevolutionären« getragen wurde, die materiell von der KPD abhängig waren und häufig nicht mehr in das »bürgerliche« Erwerbsleben zurückkehren konnten. Ihre Existenz war daher von der Partei abhängig. Als letzter Exponent dieser Funktionärsschicht dürfte Honecker anzusehen sein. Diese Struktur machte die KPD nach 1933 verwundbar. Die Überführung der Partei in die »Massenillegalität« misslang; verlustarme Formen von Untergrundarbeit wurden nur schwer gefunden.

1945 trat die KPD mit einem völlig gewandelten Selbstverständnis an die Öffentlichkeit: als demokratische Volks- und Aufbauartei, die zugleich nicht mehr gesellschaftlicher Außenseiter, sondern Mitträger des demokratischen Aufbaus zu sein beanspruchte. Im Moskauer Exil hatte Wilhelm Pieck für die Nachkriegszeit versichert: »Für diese Gestaltung der KPD ist uns die Partei Lenins-Stalins die einzige und beste Lehrmeisterin [...]«³²

Nur äußerlich bedeutete die Zwangsvereinigung mit der SPD eine Preisgabe dieser Positionen. Nicht ein Kompromiss, wie die Kommunisten den Sozialdemokraten und der Öffentlichkeit suggerierten, bestimmte den Charakter der SED in den Anfangsjahren, sondern die Durchsetzung kommunistischer Organisationstraditionen. Noch vor der Parteifusion hatte Pieck im März 1946 den »konsequenten Marxismus-Leninismus« als »das granitene Fundament« der Einheitspartei bezeichnet, den »demokratischen Zentralismus und die eiserne Disziplin ihrer Mitglieder« gefordert.³³

Der Umbau der SED-Parteistruktur folgte nach 1948 dem Vorbild der zeitgenössischen KPdSU (B), Chruschtschows Organisationsreformen (die Bildung von Büros für Industrie und Landwirtschaft in den Parteileitungen) wurden nur halbherzig und kurzzeitig übernommen. Die einzige Besonderheit der Siebziger- und Achtzigerjahre war die, dass mit dem letzten Statut der SED von 1976 (das die SED als »freiwilligen Kampfbund gleichgesinnter Kommunisten« definierte) ein Parteiaustritt wieder möglich war. Die Struktur blieb – bis

31 Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 507.

32 So Wilhelm Pieck im Oktober 1944 in einer Parteischule der KPD, in: Erler, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred (Hrsg.): »Nach Hitler kommen wir«, Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 275.

33 Pieck, Wilhelm: Probleme der Vereinigung von KPD und SPD, Berlin 1946, S. 24 ff.

hin zum leninistischen Prinzip regelmäßiger Überprüfungen der Mitglieder. Damit wurde 1988/89 erneut begonnen, der Zerfall der SED ließ dies jedoch zur Makulatur werden.

Hierarchie und Zentralismus wurden auch von schwankenden Mitgliederzahlen nicht berührt. KPD und SED durchliefen unterschiedliche Phasen von Zuwachs und Mitgliederverlusten. Doch selbst die beiden größten Wachstumsschübe – die Übernahme eines beträchtlichen Teils der USPD Ende 1920 und die mit der Zwangsvereinigung 1946 in die SED gelangten Sozialdemokraten – haben den Parteicharakter nicht nachhaltig prägen können. Im ersten Falle traten diejenigen Teile der Unabhängigen in die KPD über, die bereits zuvor für den Anschluss an die Komintern votiert hatten. Nach 1921 und nach 1947 haben große Teile der neu gewonnenen Mitglieder die Partei schnell wieder verlassen; in der SED taten Kampagnen und »Säuberungen« das ihre. Während allerdings die KPD der Weimarer Jahre unter erheblicher Fluktuation litt, sodass 1932/33 nur ein Bruchteil der Beitragszahler auf eine mehr als zehnjährige Zugehörigkeit zurückblicken konnte, war es in der SED der Honecker-Ära anders. Die »FDJ-Generation« der Nachkriegszeit rückte ab den Sechzigerjahren vermehrt in Entscheidungspositionen auf – und blockierte sie auf längere Sicht. Führungspositionen auf höherer und mittlerer Ebene wiesen vor dem Zusammenbruch der SED-Diktatur eine deutliche Überalterung auf.³⁴

Ein Letztes: Bereits in der Weimarer Republik war die KPD mehrfach für kürzere Zeit verboten. Ein offizielles Interdikt durch die Machthaber des »Dritten Reiches« blieb zwar aus, Verbote waren jedoch ohnehin nicht der Hauptanlass, neben den legalen auch illegale Parteistrukturen im Untergrund aufzubauen: Bereits die Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale von 1920 hatten das vorgeschrieben.³⁵ Die KPD als eine Sektion der Komintern suchte das recht und schlecht in die Realität umzusetzen, ebenso wie den Aufbau geheimer Nachrichtendienste. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR als »Schild und Schwert der Partei« besaß also einen, freilich schmalen, Traditionsstrang.

Zukunftsgesellschaft oder Wohlfahrtsstaat

Auf diesem Feld befanden sich die Kommunisten zeit ihrer Existenz in einem besonderen Dilemma, da sie mit dem »feindlichen« Bruder, der Sozialdemokratie, in geringerem Maß auch mit den christlichen Gewerkschaften, in direkter Konkurrenz standen. Rivalität und Radikalität bestimmten also das Verhalten der Kommunisten nicht nur in der Weimarer Zeit. Für die Jahre nach 1945 stellten die westdeutsche Sozialdemokratie und der Sozialstaat der Bundesrepublik für die SED die wesentliche Herausforderung dar – eine Konkurrenzsituation, der man sich ab 1965 durch die Absage an eine Deutschlandpolitik, ab 1971 durch Abgrenzungspolitik zu entziehen suchte.

34 Für die Bezirksebene der SED siehe Niemann, Mario: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn/München/Wien/Zürich 2007.

35 Siehe: Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale, in: Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921, S. 746 ff., hier S. 759.

Naturgemäß erwarteten die Kommunisten aller Generationen die Lösung aller Probleme der Gesellschaft in der Zukunft, in der Verwirklichung der Utopie der klassenlosen Gesellschaft. In der Weimarer Zeit bildeten die Vision der sozialistischen Revolution und der Verweis auf die (mehr oder weniger unbekannten) Verhältnisse in der Sowjetunion – den geradezu euphorisch eingestuften Aufbruch und Aufbau einer neuen Gesellschaft³⁶ mit modernster Industrie, Landwirtschaft, Bildung und Kultur – wichtige Eckpunkte kommunistischer Propaganda. Jedoch musste die KPD ihren Anhängern und Wählern auch »für heute« etwas bieten. Dieses Dilemma wurde vor allem in Zeiten, da man »revolutionäre« Existenzkrisen der »bürgerlichen« Demokratie und des Kapitalismus diagnostizierte, in der Regel durch den Verweis auf die Aktualität des Umbruchs gelöst. Anders in der kurzen Zwischenphase 1923, der Staatskrise des Deutschen Reiches oder für die kurze Zeit von 1926 bis 1927, als die KPD-Führung bereit war, eine Art »Realpolitik« zu betreiben: In diesen Phasen hatte sie sich mit Alltagsfragen auseinanderzusetzen.

Die Ambivalenz von Zukunftsstaat und Sozialpolitik drückte sich auch im Verhältnis zu den Gewerkschaften aus. Die KPD-Politik durchlief hier alle Stationen von Unterstützung bis hin zur Bekämpfung und der Bildung eigener Separatorganisationen. Auch ihre Sozialpolitik weist vielerlei Facetten auf, von populistisch, weil nicht finanzierbar, bis hin zu realpolitischen Kalkülen, etwa in der Kampagne zur Fürstenenteignung 1926. Im Grundsatz fußte das alles auf der Maxime von Enteignungen und Umverteilung. Im Reichstag und in den Landtagen stellten die KPD-Fraktionen regelmäßig Anträge, die die Verbesserung der sozialen Situation der Geringverdiener und der Fürsorgeempfänger zum Ziel hatten. In der Regel gingen sie weiter als die der übrigen Parteien, insbesondere der Sozialdemokratie. Finanzierungsfragen wurden dabei im Allgemeinen ausgeblendet, selten jedoch fehlte der Hinweis auf das Vorbild Sowjetunion und darauf, dass eine dauerhafte Lösung sozialer Fragen erst im Sozialismus möglich sei.

Diese Politik spiegelte permanent die eigentümliche Gemengelage von Interessenvertretung und Agitation für die Zukunftsgesellschaft wider. Generell dürfte der propagandistische Aspekt jedoch dominiert haben. Das unterstreicht auch ein Blick auf die Streikpolitik der KPD, die sich zumindest seit Ende der Zwanzigerjahre auf das Moment der Kampfauslösung konzentrierte und die sozialen Folgen für die Beteiligten weitgehend ausblendete.³⁷

Selbstverständlich lebte diese Dualität nach 1945 in leicht veränderter Form wieder auf. Die Zukunftsstaat-Visionen verlagerten sich auf die Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik. Schon in den ersten Nachkriegsjahren stellte die SED-Propaganda Aufbau und Erfolge in der SBZ/DDR der Stagnation und Krise im Westen gegenüber. Auch angesichts des westdeutschen Wirtschaftswunders behielt die SED diesen Kurs bei.³⁸ Mit dem schnell

36 So exemplarisch das genannte Werk von Hermann Remmele (siehe Anm. 12). Die Modellfunktion der Sowjetunion schloss insbesondere auch deren Industrialisierung über den Weg der Fünfjahrespläne und den Aufbau der Schwerindustrie ein.

37 Siehe etwa Müller, Werner: Kommunistische Betriebsräte und Streikbewegungen im Ruhrgebiet am Ende der Weimarer Republik, in: Becker, Bert/Lademacher, Horst (Hrsg.): Geist und Gestalt im historischen Wandel. Facetten deutscher und europäischer Geschichte 1789–1989, Münster 2000, S. 289 ff.

38 Siehe etwa Müller, Hans/Reißig, Karl: Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1968.

gescheiterten Siebenjahrplan von 1959 trat das besonders deutlich hervor; mit ihm war ja die Parole »Westdeutschland ein- und überholen« verbunden gewesen. Die SED-Propaganda skizzierte zugleich das Zukunftsbild einer Überfluggesellschaft.³⁹

Im Verlauf der SED-Geschichte war diese Ambivalenz deutlich auszumachen: Die Ulbricht-Führung in der SED präferierte in den Sechzigerjahren Investitionen für eine Zukunftsgesellschaft, mit hoch entwickelter Technologie und der Kybernetik als Kern. Wissenschaft erhielt den Status einer »unmittelbaren Produktivkraft« zugewiesen. Unter Honecker lebte die traditionelle fürsorgerische Sozialpolitik wieder auf. Auch der in der Ulbricht-Ära nicht verwandte Begriff »Sozialpolitik« kehrte in den öffentlichen Sprachgebrauch zurück.⁴⁰

Kontinuität – wie weit?

Diese kurze und punktuelle Betrachtung von vier Kernelementen des deutschen Kommunismus zeigt, dass in wesentlichen Grundfragen eine Kongruenz und Kontinuität von KPD, SED und DKP (die hier nicht näher behandelt wurde) in hohem Maße gegeben ist. Die Orientierung am Modell der Oktoberrevolution und der Lenin'schen Parteidiktatur, insbesondere auch in ihrer Stalin'schen Ausprägung, bildete einschließlich der strategischen Variante »Volksfront« und »Einheitsfront« das genuine Wesensmerkmal des deutschen Kommunismus. Seine zunächst politisch-moralische, dann organisatorische sowie finanzielle Abhängigkeit von der Sowjetunion setzte sich mit der Stalinisierung strukturell-organisatorisch fort.

Dass die Jahre nach 1945 eine klare herrschaftsgeschichtliche Subordination bedingen, ist nicht näher zu erörtern. Die Sowjetunion blieb zugleich das ideologische Leitmodell – ohne dass die Dimensionen der jeweiligen Wahrnehmungen und Fehlwahrnehmungen im Einzelnen untersucht wären. Das Sowjetunion-Bild in KPD und SED dürfte ähnlich facettenreich und vielschichtig sein wie umgekehrt die Wahrnehmung der realen »Klassenkämpfe« in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, durch die sowjetischen Führer. Gleiches gilt für die schillernde Vokabel »Internationalismus«.

Immerhin: Gerade auch mit dem Verweis auf die tatsächlichen, mehr noch auf die zugeschriebenen Eigenschaften der Oktoberrevolution und des daraus hervorgegangenen Sowjetstaates konnte die kommunistische Bewegung in Deutschland nach beiden Weltkriegen jeweils Millionen von Menschen in ihren Bann ziehen, zeitweise Hunderttausende als Mitglieder gewinnen und sie auf ihre Zukunftsutopie orientieren. Allerdings waren die Ideologie auf der einen und das System der Parteidiktatur auf der anderen Seite so unflexibel, dass sie adäquate Reaktionen auf moderne Herausforderungen nicht mehr zuließen. Die Kontinuität in den vier kurz erörterten Grundfragen erwies sich letztlich als Fessel.

39 Siehe vor allem die Beiträge von Rainer Gries, Gerald Diesner und Dirk Schindelbeck in: Gibas, Monika/Schindelbeck, Dirk (Hrsg.): »Die Heimat hat sich schön gemacht ...«. 1959: Fallstudien zur deutsch-deutschen Propagandageschichte, Leipzig 1994.

40 Siehe Bouvier, Beatrix W.: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002.

Zuletzt bliebe noch zu diskutieren, inwieweit das »annus mirabilis« 1989 als End- oder Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Kommunismus anzusehen ist. Fraglos hatte er bereits am Ende der Siebzigerjahre seine Dynamik und Mobilisierungsfähigkeit weitgehend eingebüßt. Das gewaltsame Ende des »Prager Frühlings« und die KSZE-Schlussakte von Helsinki markieren einen Paradigmenwechsel weg von den »Maximen von 1917« zurück zu den Werten von 1789. Wenn auch schon lange vor dem Zusammenbruch des Herrschaftssystems der SED deren politisches, ideologisches und moralisches Fundament weitgehend zerfallen war, bedeutet das jedoch nicht, dass der deutsche Kommunismus 1989/90 »über Nacht« verschwand.

Augenfällig war zunächst die organisatorische Kontinuität von der SED zu ihrer Nachfolgepartei. Diese betonte zwar, sie habe mit dem »Stalinismus als System« gebrochen, stellte sich aber programmatisch in die Tradition kommunistischer Theoretiker, zu denen sie neben Lenin nun insbesondere frühere »Abweichler« von Rosa Luxemburg bis Anton Ackermann zählte. Nicht nur aus diesem Grund ist die PDS keine orthodox-kommunistische Partei mehr, aber eben auch keine demokratische Partei. Zur Demokratie legte sie ein rein taktisches Verhältnis an den Tag und wurde nicht müde, die Perspektive einer anderen Republik zu zeichnen.⁴¹ Parlamentarische Demokratie und Kapitalismus wurden als weitgehend identisch begriffen. Die Nachfolgepartei ist in beträchtlichem Maße geprägt von früheren DDR- und SED-Eliten, insbesondere der »Kommunistischen Plattform« und dem »Marxistischen Forum«.

Unumstritten ist in der PDS das Diktum, dass 1989/90 eine »große, entscheidende Niederlage erlitten« wurde.⁴² Die Kommunistische Plattform benennt den Verlierer dieses Umbruchs noch konkreter: die »deutsche wie die internationale Arbeiterbewegung«.⁴³ Unbestreitbar lebt der deutsche Kommunismus – mutiert – als prägende Kraft der SED-Nachfolgepartei fort. Seine Exponenten betreiben offen und verdeckt die Rehabilitation der DDR-Vergangenheit⁴⁴ bis hin zu einer eigenen Geschichtsschreibung.⁴⁵ Ferner sollte der Vollständigkeit halber erwähnt werden, dass die Traditionen des orthodoxen Kommunismus in einigen Splitterparteien gepflegt werden, so der DKP⁴⁶ oder der KPD, die explizit an stalinistische Politikmuster anknüpfen.

41 Siehe das treffende Resümee von Lang, Jürgen P.: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremistismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003, S. 155 ff.; siehe auch Neu, Viola: Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden 2004.

42 Exemplarisch: Presse- und Informationsdienst der PDS, Nr. 50, 1992, S. 12.

43 Presse- und Informationsdienst der PDS, Nr. 28, 1991, S. 13.

44 Siehe für vieles: Knabe, Hubertus: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, Berlin 2007, S. 11 ff.

45 Siehe u. a. Müller, Werner: Neue deutsche Parallelhistoriographie? Zeitgeschichte aus PDS-naher Sicht, in: Heydemann, Günther/Jesse, Eckhard (Hrsg.): 15 Jahre deutsche Einheit. Deutsch-deutsche Begegnungen, deutsch-deutsche Beziehungen, Berlin 2006, S. 277 ff.

46 Siehe zuletzt Morgenstern, Andreas: Extremistische und radikale Parteien 1990–2005. DVU, REP, DKP und PDS im Vergleich, Berlin 2006, S. 161 ff.